

# FLÜCHTLINGSRAT BERLIN e.V.

+++ Menschenrechte kennen keine Grenzen +++

Georgenkirchstraße 69/70 • 10249 Berlin • Tel: (030) 2 43 44 – 57 62,  
Fax: - 57 63 • [buero@fluechtlingsrat-berlin.de](mailto:buero@fluechtlingsrat-berlin.de) •  
[www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de)



## Infobrief März 2013

mit den Sitzungsprotokollen vom 23. Januar und 20. Februar 2013

### I. Termine

20. - 22. März 2013 **„Irregularität und Migrationsregime: zwischen Abwehrmaßnahmen und Unterstützungsangeboten“**, IX. Jahrestagung Illegalität, Katholische Akademie Berlin, Hannoversche Straße 5, 10115 Berlin-Mitte, weitere Informationen und Anmeldung unter [www.katholische-akademie-berlin.de](http://www.katholische-akademie-berlin.de) > Veranstaltungen
22. März 2013 **„Flüchtlingsschutz in Europa, 10 Jahre Dublin II-Verordnung“**, Vortrag (auf Englisch) und anschließende Diskussion mit der Rechtswissenschaftlerin Dr. Maria-Teresa Gil-Bazo, Freitag 18.00 Uhr, Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 9 (Altes Palais), Raum 213, 10099 Berlin, Veranstalter: Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem RAV, borderline europe und dem akj-berlin, weitere Informationen unter [www.bildungswerk-boell.de/calendar/VA-viewevt.aspx?evtid=12536](http://www.bildungswerk-boell.de/calendar/VA-viewevt.aspx?evtid=12536)
23. März 2013 **„Refugees' Revolution Demo“**, Demonstration anlässlich des 1. Jahrestags der bundesweiten Flüchtlingsproteste, Samstag 14 Uhr, Treffpunkt Berlin-Oranienplatz, <http://refugeesrevolution.blogspot.de/images/23.03.2013DemoAufwurfdeutsch.pdf>
12. - 14. April 2013 **„Flüchtlingsschutz in Polen und Deutschland. Austausch und Vertiefung“**, deutsch-polnisches Seminar von Asyl in der Kirche Berlin und borderline europe im Evangelischen Gemeindezentrum Kreuz, Friedrich-Ebert-Str. 53, Frankfurt (Oder), weitere Informationen und Anmeldung unter [www.kirchenasyl-berlin.de](http://www.kirchenasyl-berlin.de)
17. April 2013 **„Die Welt zu Gast im Abschiebeknast, Das Flughafenverfahren am neuen Berliner Flughafen“**, eine Veranstaltung des Bildungswerks Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung und der Initiative gegen das Chipkarten-System, Mittwoch 19 Uhr, Baiz, Christinenstr.1, 10119 Berlin, weitere Informationen unter [www.bildungswerk-boell.de/calendar/VA-viewevt.aspx?evtid=12217&crtpage=1](http://www.bildungswerk-boell.de/calendar/VA-viewevt.aspx?evtid=12217&crtpage=1)

## II. Recht/Urteile

LSG BE-BB Beschluss vom 06.02.2013,  
Az. L 15 AY 2/13 B ER

### **Leistungskürzungen nach § 1a AsylbLG unzulässig**

Das BVerfG hat durch das Urteil vom Juli 2012 entschieden, dass die Höhe der Geldleistungen nach § 3 AsylbLG evident unzureichend sind, und für die Zeit bis zu einer gesetzlichen Neuregelung eine Übergangsregelung angeordnet. Nach Auffassung des LSG Berlin-Brandenburg kommt als Folge dieser Entscheidung eine Absenkung der Grundleistungen nach § 3 AsylbLG auf Grundlage des § 1a AsylbLG jedenfalls in der Zeit bis zu einer gesetzlichen Neuregelung nicht in Betracht. Denn selbst wenn bei dem Leistungsberechtigten die Voraussetzung für eine Absenkung der Leistungen vorliegen, muss der in § 1a AsylbLG festgelegte Begriff der „im Einzelfall unabweisbar gebotenen Leistungen“ so ausgelegt werden, dass das verfassungsrechtlich gesicherte Existenzminimum erhalten bleibt. Die „unabweisbar gebotenen“ Leistungen fallen in der Folge mit dem durch die Übergangsregelung des BVerfG festgelegten Existenzminimums zusammen. [www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/docs/C2537.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/docs/C2537.pdf)

BVerwG, Urteil vom 20. 02.2013,  
BVerwG 10 C 20.12; BVerwG 10 C 21.12;  
BVerwG 10 C 22.12; BVerwG 10 C 23.12

### **Flüchtlingsanerkennung auch bei erzwungenem Verzicht auf öffentliche Religionsausübung möglich**

Ein Ausländer ist als Flüchtling anzuerkennen, wenn seine Furcht begründet ist, dass er in seinem Herkunftsland wegen der öffentlichen oder privaten Ausübung seiner Religion verfolgt wird. Auch ein durch strafrechtliche Sanktionen erzwungener Verzicht auf die Ausübung der Religion in der Öffentlichkeit kann zur Flüchtlingsanerkennung führen. Dann aber muss die Ausübung gerade dieser religiösen Praxis für den Betroffenen zur Wahrung seiner religiösen Identität besonders wichtig sein. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig heute entschieden.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte in vier Verfahren über die Flüchtlingsanerkennung von pakistanischen Staatsangehörigen zu entscheiden, die der Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft angehören. Diese Religionsgemeinschaft versteht sich als islamische Erneuerungsbewegung, ihre Mitglieder werden in Pakistan aber nicht als Muslime anerkannt. Eine öffentliche Ausübung ihres Glaubens ist dort mit hohen Strafen bis hin zur Todesstrafe bedroht. In zwei der vier Verfahren hatte das Bundesverwaltungsgericht eine Vorabentscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) zu den unionsrechtlichen Anforderungen an eine Flüchtlingsanerkennung bei religiöser Verfolgung eingeholt (EuGH, Urteil

vom 5. September 2012, C-71/11 und C-99/11). Der 10. Revisionsssenat des Bundesverwaltungsgerichts hat aus dieser Entscheidung des EuGH nun die Konsequenzen für die anhängigen Revisionsverfahren gezogen und die Berufungsurteile aufgehoben. Zwar ist nicht jeder Eingriff in die Religionsfreiheit eine flüchtlingsrechtlich relevante Verfolgungshandlung, doch können schwere Eingriffe auch in die öffentliche Religionsausübung (forum externum) zur Flüchtlingsanerkennung führen. Die öffentliche Glaubensbetätigung muss dann aber für den Einzelnen ein zentrales Element seiner religiösen Identität und in diesem Sinne für ihn unverzichtbar sein. Dann kann auch der erzwungene Verzicht auf diese Glaubensbetätigung zur Flüchtlingsanerkennung führen; andernfalls blieben Betroffene gerade in solchen Ländern schutzlos, in denen die angedrohten Sanktionen besonders schwerwiegend und so umfassend sind, dass sich Gläubige genötigt sehen, auf die Glaubenspraktizierung zu verzichten.

Quelle: Pressemitteilung des BVerwG vom 20.02.2013, [www.bverwg.de](http://www.bverwg.de) >Presse

## II. Materialien

### **Sozialleistungen für Flüchtlinge**

Die Arbeitshilfe des Paritätischen Wohlfahrtsverbands gibt einen kompakten Überblick über die zentralen rechtlichen Regelungen hinsichtlich des Zugangs zum Arbeitsmarkt sowie zu Sozialleistungen für Flüchtlinge. Sie ist sehr praxisorientiert angelegt und kann als Basisinformation für die Beratung verwendet werden.

[www.migration.paritaet.org/index.php?id=1966](http://www.migration.paritaet.org/index.php?id=1966)

### **Ausgeschlossen oder privilegiert? Zur Aufenthalts- und sozialrechtlichen Situation von Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen**

Diese Broschüre zur Aufenthalts- und sozialrechtlichen Situation von UnionsbürgerInnen dient als Orientierungshilfe für BeraterInnen und befasst sich mit den gesetzlichen Regelungen zum Aufenthalt von UnionsbürgerInnen in Deutschland, ihrem Zugang zu existenzsichernden Leistungen und im Speziellen mit dem Arbeitsmarktzugang für bulgarische und rumänische StaatsbürgerInnen.

[www.migration.paritaet.org/index.php?id=1966](http://www.migration.paritaet.org/index.php?id=1966)

### **Grundlagen des Asylverfahrens. Eine Arbeitshilfe für Beraterinnen und Berater**

Herausgegeben vom Paritätischen Gesamtverband und erstellt von der GGUA Flüchtlingshilfe Münster zielt die Arbeitshilfe darauf ab, einen kompakten Überblick über die rechtlichen Grundlagen des Asylverfahrens zu geben. Sie richtet sich an alle, die Flüchtlinge vor, während oder auch nach Abschluss des Asylverfahrens

beraten.

[www.migration.paritaet.org/index.php?id=1966](http://www.migration.paritaet.org/index.php?id=1966)

### **Aufenthaltsrechtliche Illegalität. Beratungshandbuch 2013**

Die dritte und vollständig überarbeitete Auflage des Beratungshandbuches skizziert die Rechtslage hinsichtlich des Zugangs von Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität zu zentralen Lebens- und Versorgungsbereichen, so etwa zu den Themen Schulbesuch, Gesundheitsversorgung und Wohnraumanmietung. Neben der Erläuterung zur rechtlichen Situation und Handlungsvorschlägen finden sich in dem Handbuch auch hilfreiche Adressen für die Beratung.

[www.drk-wb.de/download-na.php?dokid=19382](http://www.drk-wb.de/download-na.php?dokid=19382)

### **Bundesweite Übersicht über Residenzpflicht**

In der Erhebung legen der Flüchtlingsrat Brandenburg und PRO ASYL einen bundesweiten Überblick über die verschiedenen Länder-Regelungen zur „Lockerung“ der Residenzpflicht vor. Das Ergebnis: Es ist ein unübersichtliches Gestrüpp an Sonderregelungen gewachsen, in dem es weiterhin zahlreiche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit gibt. Nur innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns gilt die Reisefreiheit für Asylsuchende und Geduldete uneingeschränkt. Länderbezogene Anwendungshinweise finden sich in der aktuellen Synopse.

[www.fluechtlingsrat-brandenburg.de](http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de) > Materialien > Residenzpflicht

### **„Via Via“, Bericht zur Situation der Flüchtlinge in Italien**

Der Bericht, veröffentlicht von bordermonitoring.eu, ist Ergebnis einer rund einjährigen Recherche in den italienischen Städten Mailand und Florenz. Beruhend auf der Fragestellung, was Flüchtlingsschutz in Europa bedeuten sollte und wie dieser in der Realität aussieht, beschreibt er eindrücklich die äußerst prekäre Lage der Flüchtlinge in Italien, die u. a. durch extreme materielle Not geprägt ist. Er erklärt weiter, wieso viele Flüchtlinge, trotz nomineller Anerkennung durch den italienischen Staat, nicht in Italien bleiben können, sondern in der Hoffnung auf ein würdiges Leben in andere Staaten der EU weiterziehen. Dort droht ihnen jedoch die Rückschiebung nach Italien, eine Erfahrung, die viele Flüchtlinge schon mehrmals gemacht haben.

[bordermonitoring.eu/2013/02/zur-situation-der-fluechtlinge-in-italien/](http://bordermonitoring.eu/2013/02/zur-situation-der-fluechtlinge-in-italien/)

### **Faltblatt für Klinikpersonal „Patientinnen und Patienten ohne Aufenthaltsstaus in Krankenhaus und Praxis“**

Die Bundesärztekammer hat in Zusammenarbeit mit dem Medibüro Berlin die Broschüre „Patientinnen und Patienten ohne Aufenthaltsstaus in Krankenhaus und Praxis“ herausgegeben. Diese informiert in knapper Form über die rechtliche Situation und Möglichkeiten der Kostenerstat-

tung und richtet sich insbesondere an Klinikpersonal.

[www.medibuero.de/de/Materialien.html](http://www.medibuero.de/de/Materialien.html)

> Faltblatt der Bundesärztekammer

### **Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2012**

Die Antwort der Bundesregierung auf die regelmäßige Anfrage der Fraktion DIE LINKE. enthält Informationen u.a. zur (Gesamt-)Schutzquote, zur Anzahl und Entscheidungen der Widerrufsverfahren, zur Verfahrensdauer von Asylanträgen, zu Verfahren, Entscheidungen und Überstellungen im Rahmen von Dublin II sowie Informationen zu den aktuellen Beschleunigungsmaßnahmen bei Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien.

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

Deutscher Bundestag, Drucksache 17/12234

<http://drucksachen.bundestag.de>

### **Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31. Dezember 2012**

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE macht deutlich, dass eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge dringend erforderlich ist: Ende 2012 lebten 85.344 Menschen mit einer Duldung in Deutschland (6.755 in Berlin), 42 Prozent länger als sechs Jahre! Eine Aufenthaltserlaubnis für „gut integrierte Jugendliche“ nach § 25 a AufenthG hatten 2.408 Menschen, lediglich 32 davon in Berlin.

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

Deutscher Bundestag, Drucksache 17/12457

<http://drucksachen.bundestag.de>

### **Abschiebungen im Jahr 2012**

Insgesamt 7.651 Abschiebungen aus Deutschland wurden im vergangenen Jahr durchgeführt, dies ist ein leichter Rückgang gegenüber 2011 (7.917). Von den beiden Berliner Flughäfen wurden 970 Menschen abgeschoben.

Im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt hat sich die Zahl derjenigen Flüchtlinge, die im Rahmen von Sammelabschiebungen abgeschoben worden sind (1.289 Menschen in 2012). Nicht alle Abschiebemaßnahmen waren 2012 erfolgreich: 93 Abschiebeversuche sind an Widerstandshandlungen der betroffenen Person gescheitert, 22 Abschiebeversuche an der Weigerung der Fluggesellschaft bzw. des Flugkapitäns, die Abschiebung durchzuführen.

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.

Deutscher Bundestag, Drs 17/12442

<http://drucksachen.bundestag.de>

## IV. Protokollnotizen

### FR-Sitzung vom 23. Januar 2013

Anwesend ca. 37 TeilnehmerInnen

#### **Kurzbericht des apabiz e.V. über zunehmende Aktivitäten der extremen Rechten zum Thema Flucht/Asyl**

Das apabiz, Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V., informiert seit 1991 über die Entwicklung der extremen Rechten in Deutschland. Schwerpunkte der Arbeit sind Bildungsarbeit zum Thema Rechtsextremismus und die Pflege eines umfangreichen Archivs mit rechtsextremen und neofaschistischen Publikationen, einer Datenbank mit Presseveröffentlichungen und einer umfangreichen Präsenzbibliothek. In seiner Monatszeitschrift Monitor stellte das apabiz im Dezember 2012 fest: Die rassistischen „Ausländer Raus!“-Kampagnen der extremen Rechten nehmen zu.

[www.apabiz.de/publikation/index.htm](http://www.apabiz.de/publikation/index.htm) > Monitor > Ausgabe Dezember 2012

Aktuelle Schwerpunkte rassistischer Kampagnen sind 1) Hetze gegen die Eröffnung neuer Flüchtlingsunterkünfte, 2) Hetze gegen Roma in der Nachbarschaft, 3) Angriffe gegen Flüchtlingsproteste. Vgl. dazu auch „Rassistische Kampagnen der Berliner CDU gegen Flüchtlingsunterkünfte“ unter der Rubrik Aktuelles in diesem Infobrief. Die im Herbst vom Bundesinnenministerium losgetretene Asyldebatte wurde bundesweit von der extremen Rechten aufgegriffen. Das apabiz schreibt dazu: „Wenn politische ‚Bedenkenträger‘ sich öffentlich um den ‚massenhaften Missbrauch‘ der Asylgesetze sorgen, haben sie nicht die Intention, Flüchtlinge zum Angriff frei zu geben. Aber sie spielen bewusst auf der rassistischen Klaviatur, um Wahlkampf zu machen. Oder um politische Projekte durchzusetzen, in der Hoffnung, durch das Drohpotenzial solcher Kampagnen die politische Opposition gefügig zu machen.“ [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de)

#### **Fight Racism now! Bundesweite Kampagne zu 20 Jahre Abschaffung des Asylrechts**

Am 6. Dezember 1992 schlossen CDU/CSU, FDP und SPD den sogenannten Asylkompromiss: Durch eine Änderung des Grundgesetzes sollte das deutsche Asylrecht massiv verschärft werden. Am 26. Mai 1993 wurde die Grundgesetzänderung durch den Deutschen Bundestag beschlossen. Anlässlich des 20. Jahrestags der Grundgesetzänderung und der damit einhergehenden faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl sowie angesichts fortdauerndem Rassismus in Institutionen und der Bevölkerung hat ein Bündnis antirassistischer und antifaschistischer Gruppen in Berlin eine bundesweite Kampagne gestartet.

Die Kampagne soll eine Plattform bieten für antirassistische Aktionen rund um den 26. Mai. Geplant sind eine Demonstration am Samstag, den 25. Mai in Berlin, ein bundesweiter Aktionstag

gegen rassistische Institutionen am 14. Mai sowie ein antirassistischer Online-Kalender. Die Kampagne soll über den 26. Mai hinaus gehen und auch den Bundestagswahlkampf bis zum Wahltag am 22. September begleiten. Kontakt: Theorie.Organisation.Praxis TOP Berlin [topraxis@googlemail.com](mailto:topraxis@googlemail.com)

#### **Bericht aus den Arbeitsgruppen des Flüchtlingsrats, AK Junge Flüchtlinge**

Ein zentrales Thema des Arbeitskreises Junge Flüchtlinge ist die entwürdigende und grenzverletzende Behandlung junger Flüchtlinge durch Polizei und Ausländerbehörden im Rahmen der Identitätsfeststellung und Einreisebefragung. In Berlin kommt es insb. bei UMF im Rahmen der Einreisebefragung bei der Ausländerbehörde vor der Zuweisung an die Verteilungsbehörde (ZAA) und der daran anschließenden ED-Behandlung durch die Polizei immer wieder zu Bedrohungen, Beschimpfungen, Einschüchterungsversuchen, erniedrigender und gesundheitsgefährdender Behandlung, unverhältnismäßig langer Ingewahrsamnahme ohne jede Veranlassung und Aussetzung. Es liegen zahlreiche dahingehende Berichte von Betroffenen vor, die Jugendhilfe- und Flüchtlingsorganisationen zusammengestellt haben. Der Berliner Senat bleibt seit Jahren untätig. Ein betroffener Jugendlicher hat ein Gedächtnisprotokoll über die Einreisebefragung und Identitätsfeststellung und mithilfe des Arbeitskreises Strafanzeige gegen Polizei und Sachbearbeiter der Ausländerbehörde gestellt. Es wäre sehr wichtig, dass noch weitere betroffene Jugendliche Strafanzeige stellen, damit deutlich wird, dass es sich nicht um einen Einzelfall, sondern um eine allgemeine Behördenpraxis handelt.

### FR-Sitzung vom 20. Februar 2013

Anwesend ca. 34 TeilnehmerInnen

#### **Geplante Änderungen im Ausländerrecht**

Aufgrund von EU-Vorgaben und des Urteils des BVerfG zum Asylbewerberleistungsgesetz im Sommer 2012 muss die Bundesregierung eine Reihe ausländerrechtliche Neuregelungen auf den Weg bringen. Georg Classen hat auf der Homepage des Flüchtlingsrats Berlin eine Übersicht über die aktuell laufenden Gesetzgebungsverfahren zusammengestellt. Dazu zählen u.a. ein neues Richtlinienumsetzungsgesetz, die Novellierung der Beschäftigungsverordnung, die Novellierung des AsylbLGs und eine Änderung des Freizügigkeitsgesetzes. In den Gesetzesentwürfen der Bundesregierung fehlt bislang eine Regelung für ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht, obwohl es im letzten Jahr zahlreiche Länderinitiativen dafür gab und eine gesetzliche Neuregelung längst überfällig ist.

[www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de) > Neue Dokumente > Geplante Änderungen im Ausländerrecht 2013

### **Bericht aus dem Landesintegrationsbeirat**

Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen erarbeitet Empfehlungen für die Berliner Integrations- und Migrationspolitik und tagt viermal bis sechsmal jährlich unter dem Vorsitz der Senatorin für Integration, Arbeit und Frauen, Dilekt Kolat. Der Flüchtlingsrat Berlin ist Mitglied im Landesbeirat und wird dort vertreten durch Ibrahim Kanalan und Mohammed Jouni. Mohammed Jouni berichtete bei der Flüchtlingsratsitzung vom Besuch der Staatsministerin für Integration, Maria Böhmer, gemeinsam mit Senatorin Kolat in den Berliner Erstaufnahmeeinrichtungen. In Folge des Gesprächs der beiden Politikerinnen mit den streikenden Flüchtlingen am Brandenburger Tor im Oktober 2012 wollten sie sich selbst ein Bild von der Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Deutschland machen und besuchten im Januar bzw. Februar die Aufnahmeeinrichtungen in Spandau und Lichtenberg. Im Gespräch mit Frau Böhmer und Frau Kolat thematisierten die BewohnerInnen der Aufnahmeeinrichtungen u.a. große Probleme bei der Wohnungssuche und die Studierverbotsauflage, die die Berliner Ausländerbehörde für Asylsuchende und Geduldete Flüchtlinge verhängt. Beide Themen wird der Flüchtlingsrat auch im Landesintegrationsbeirat auf die Tagesordnung bringen.

Frau Böhmer plant noch weitere Besuche in deutschen Flüchtlingsunterkünften und hat eine Dokumentation darüber angekündigt.

### **Bericht aus den Arbeitsgruppen des Flüchtlingsrats, AG Bildung**

Gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Berlin und Jugendliche ohne Grenzen hat die GEW Berlin am 15. Februar einen Fachtag zur Bildungssituation junger Flüchtlinge in Berlin ausgerichtet (siehe <http://bit.ly/YTano4>). Die Fachtagung war komplett ausgebucht, was das große Interesse an dem Thema verdeutlicht. Bei der abschließenden Podiumsdiskussion versprach der Vertreter der Senatsschulverwaltung, Siegfried Arnz, den aufgeworfenen Fragen zu Kita-, Hort- und Schulplätzen nachzugehen. Wartelisten für einen Schulplatz sollte es aus seiner Sicht überhaupt nicht geben. GEW und Flüchtlingsrat arbeiten derzeit an einer Dokumentation der Tagung, die in Kürze auf der Homepage der GEW Berlin veröffentlicht werden wird.

## **V. Aktuelles**

### **BERLIN/BRANDENBURG**

#### **Kampagne für kostenlose Sprachkurse**

Die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Berlin (LIGA Berlin) ruft gemeinsam mit den Flüchtlingsrat Berlin und anderen Organisation den Berliner Senat und die Mitglieder

des Berliner Abgeordnetenhauses dazu auf, Asylsuchenden und Geduldeten kostenlose Sprach- und Orientierungskurse zu ermöglichen. In dem Aufruf heißt es: „Die Unterzeichner fordern das Land Berlin auf, ausreichende eigene Mittel zur Verfügung zu stellen, so dass Asylbewerber und Geduldete im ersten Jahr ihres Aufenthaltes an einem Sprach- und Orientierungskurs im Umfang von 600 Stunden teilnehmen können. Inhalte und Organisation der Kurse sollen sich an den Standards für die ‚Integrationskurse‘ orientieren.“ Der Aufruf kann direkt unterzeichnet werden unter [www.diakonie-portal.de/liga-berlin/aufruf](http://www.diakonie-portal.de/liga-berlin/aufruf).

#### **Sofortmaßnahmen Wohnungen für Flüchtlinge**

In Berlin ist das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) für die Unterbringung von neu ankommenden Flüchtlingen und die Sozialhilfe an Asylsuchende zuständig.

In den vergangenen beiden Jahren ist die Zahl der Plätze in Berliner Sammellagern des LAGeSo von ca. 1.500 auf 5.300 gestiegen, bei einem Anstieg der AsylbLG-Berechtigten von ca. 10.000 auf ca. 12.000. Inzwischen müssen fast 50 % der AsylbLG-BezieherInnen im Lager leben, vor zwei Jahren waren es nur 15 %. Dies obwohl Berlin seit 2003 Asylsuchenden und Geduldeten nach Ablauf der Asylverfahren – also spätestens drei Monate nach Stellen des Asylantrags – generell die Anmietung einer Wohnung erlaubt. Die neuen Sammellager sind Resultat u.a.

- a) der sich verschärfenden Bedingungen des Berliner Wohnungsmarktes,
- b) der Anpassung der sozialhilferechtlich "angemessenen Mietobergrenzen" nach der "WAV" um nur ca. 5 % gegenüber den Werten für 2005 (bei einem Mietanstieg um 28 % allein in den letzten fünf Jahren)
- c) einem –insgesamt gesehen moderaten – Anstieg der Zahl der Asylsuchenden vor allem im Herbst 2012.

Im Oktober 2012 hat sich der Flüchtlingsrat in einem Brief an Franz Allert, den Präsidenten des LAGeSo gewendet. Darin schlägt der Rat Maßnahmen vor, um Flüchtlinge bei ihrer Wohnungssuche zu unterstützen und die Eröffnung neuer Sammellager zu vermeiden (siehe <http://bit.ly/YdrAbV>).

Herr Allert lud den Flüchtlingsrat daraufhin zu einem Gespräch ein. Ergebnis war, dass künftig in den Mietübernahmescheinen des LAGeSO auf die Möglichkeit der Übernahme von Kautionen und Genossenschaftsanteilen hingewiesen wird, und die Zentrale Leistungsstelle für Asylsuchende eine Sofortprüfung von Wohnungsangeboten vornehmen soll, möglichst noch am selben Tag (siehe <http://bit.ly/WhHL8f>).

#### **Rassistische Kampagnen der Berliner CDU gegen Flüchtlingsunterkünfte**

Derzeit nimmt die Berliner CDU in den Bezirken die Planung neuer Flüchtlingsunterkünfte zum Anlass für Stimmungsmache gegen Asylsuchen-

de. Dass durch derartige Kampagnen die Sicherheit der Flüchtlinge auch unmittelbar gefährdet wird, zeigen nicht nur die Pogrome vor 21 Jahren in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda, sondern aktuell auch Anschläge im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit einer rassistischen CDU-Veranstaltung in Neukölln.

In **Neukölln** folgten im Oktober 2012 der von der CDU Rudow und CDU-MdA Hans-Christian Hausmann organisierten Stimmungsmache gegen Asylsuchende Anschläge u.a. gegen eine am Rand Neuköllns in Brandenburg gelegene Flüchtlingsunterkunft. Die NPD und rechtsextreme Kriminelle haben wenig später die von der CDU gestartete Kampagne gegen Asylsuchende übernommen:

<http://bglbb.blogspot.de/2012/10/11/cdu-und-nazis-zusammen-gegen-fluechtlings-lager-in-suedberlinn>

In **Kreuzberg** organisierten der integrationspolitische Sprecher der Berliner CDU, MdA Kurt Wansner, seine BVV-KollegInnen und ihr Bundestagskandidat auf einer Bürgerversammlung im Dezember 2012 die Stimmungsmache gegen eine neue Flüchtlingsunterkunft in einem ehemaligen Seniorenheim. Die CDU-Vertreter formulierten keine Forderungen etwa bezüglich des Standortes, es ging ihnen erkennbar allein um Hetze gegen Asylsuchende.

[www.cl-netz.de/foren/cl.politik.migration/CDU-Kreuzberg-macht-bei-Buergerversammlung-Stimmung-gegen-Asylbewerberheim-Wahlkampf-gegen-Fluechtlinge%3F-93261.html](http://www.cl-netz.de/foren/cl.politik.migration/CDU-Kreuzberg-macht-bei-Buergerversammlung-Stimmung-gegen-Asylbewerberheim-Wahlkampf-gegen-Fluechtlinge%3F-93261.html)

Inzwischen sei nach Aussage der Betreiberfirma der Unterkunft die Unterstützung durch das Umfeld vor Ort allerdings überwältigend.

In **Tempelhof** schürte der CDU-MdB Jan-Marco Luszak den Protest gegen eine neue Flüchtlingsunterkunft in einem ehemaligen Seniorenheim. Lichtenrade sei mit dem Jugendarrest, den Flugrouten des BER, dem Bau der Dresdner Bahn und dem Ausbau des Kirchhainer Damms schon erheblich belastet, eine weitere Flüchtlingsunterkunft würde eine zusätzliche Belastung darstellen:

[www.bz-berlin.de/archiv/lichtenrade-verhindert-neues-asyl-bewerberheim-article1642651.html](http://www.bz-berlin.de/archiv/lichtenrade-verhindert-neues-asyl-bewerberheim-article1642651.html)

In **Reinickendorf** plant die AWO-Mitte in einem ehemaligen Seniorenheim eine Einrichtung für 220 besonders schutzbedürftige Asylsuchende. In dem Bezirk gibt es bisher abgesehen von einer provisorischen Einrichtung, die Ende März schließt, gar keine Flüchtlingsunterkunft. Hier ist es der ehem. CDU MdA Ulrich Brinsa, der u.a. über die Facebook-Seite "Asylbewerberheim verdrängt Altenpflegeheim" den Widerstand gegen die Flüchtlinge organisiert. CDU-Baustadtrat Martin Lambert unterstützte das Vorhaben der AWO zunächst, kurz darauf fiel ihm das gern missbrauchte Argument planungsrechtlicher Bedenken ein: <http://bit.ly/UHTNIZ>

## DEUTSCHLAND

### Refugee's Revolution Bus Tour

Am 26. Februar 2013 startete vom Flüchtlings-Protestcamp am Berliner Oranienplatz die Refugee's Revolution Bus Tour. Drei Wochen lang werden die beteiligten AktivistInnen rund 20 Flüchtlingslager in verschiedenen Bundesländern besuchen, um Informationen über den Flüchtlingsprotest zu verbreiten und zu einer bundesweiten Demonstration am 23. März nach Berlin einzuladen. Im Aufruf der Refugee's Revolution Bus Tour heißt es: „Wir rufen alle Flüchtlinge in Deutschland auf, die Isolation und das Schweigen zu brechen und zu ihren Schwestern und Brüdern am Oranienplatz zu kommen, um unsere Rechte einzufordern! Lasst uns unsere Erfahrungen austauschen, gemeinsame Ängste ablegen und zusammen kämpfen.“

Regelmäßige Infos von den Tour-Etappen gibt es auf [www.neues-deutschland.de/rubrik/bustour/](http://www.neues-deutschland.de/rubrik/bustour/).

In Köln wurden am 10. März mehrere FlüchtlingsaktivistInnen der Bustour von der Polizei festgenommen, weil sie versucht hatten, ein Sammellager zu besuchen. Der Kölner Stadtanzeiger hat in seinem Bericht eine Fotoserie veröffentlicht, die das brutale Vorgehen der Polizei gegen die AktivistInnen dokumentiert:

<http://bit.ly/Y98y6w>

In Karlsruhe ging die Polizei am Freitag, den 08. März vor der Zentralen Asylaufnahmestelle des Landes Baden-Württemberg mit Schlagstöcken, Hunden und Pfefferspray gegen die TeilnehmerInnen der Bustour vor: <http://bit.ly/12IIR3g>, Spenden für den Flüchtlingsprotest an: Förderverein Karawane e.V., Konto: 40 30 780 800, BLZ: 430 609 67, GLS Gemeinschaftsbank eG, Verwendungszweck: Protestmarsch Berlin

### Strom & Wasser feat. The Refugees

Seit dem 27. Februar ist der Liedermacher Heinz Ratz gemeinsam seinem Projekt „Strom & Wasser feat. the Refugees“ auf Konzerttournee. „The Refugees“ sind Profimusiker, die in Deutschland als Asylsuchende oder geduldete Flüchtlinge leben und die Heinz Ratz bei Besuchen in Flüchtlingslagern im Rahmen seiner Tour der 1000 Brücken kennengelernt hat. Die Musiker werden vor den Konzerten Flüchtlingslager besuchen und Flüchtlinge zum Konzert einladen. Umgekehrt wollen sie ihr Publikum dazu einladen, am Folgetag der Konzerte mit ihnen ein örtliches Lager zu besuchen und sich mit der Ausgrenzung und Entrechtung von Flüchtlingen in Deutschland auseinanderzusetzen. Am 3. Mai 2013 spielen „Strom & Wasser feat. the Refugees“ im SO 36 in Berlin. Tourdaten und weitere Informationen unter [www.strom-wasser.de](http://www.strom-wasser.de).

## VI. Verschiedenes

### **Start des Projekts „KuB-Sprach-Tandem“**

Die Kontakt und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen e. V. (KuB) hat ein neues Projekt initiiert, das Menschen ermöglicht, im Rahmen von so genannten Sprach-Tandems eine andere Sprache zu lernen. Auf der Homepage der KuB kann man in einer Liste nach einem passenden Sprachpartner suchen oder selbst eine Anzeige aufgeben.

[www.kub-berlin.org/sprachtandem](http://www.kub-berlin.org/sprachtandem)

### **Spendenaufwurf für „Watch the Med“**

Die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration ruft für das Projekt „Watch the Med“ für Spenden auf. Im Rahmen des Projekts sollen die andauernden Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen im Mittelmeer veröffentlicht und zur juristischen Anklage gebracht werden.

Weitere Informationen unter <http://ffm-online.org/wp-content/uploads/2012/02/wtm-spendenflyer.pdf>

### **Projekt „Patenschaften für Migranten“**

Das Projekt „Patenschaften für Migranten“ ist beim Caritas-Verband für das Erzbistum Berlin e.V. angesiedelt und richtet sich an Menschen, die ehrenamtlich Migrantinnen und Migranten dabei unterstützen möchten, sich in ihrer neuen Heimat Berlin zurecht zu finden. Kontakt: Frau Eisenstein, [patenschaften@caritas-berlin.de](mailto:patenschaften@caritas-berlin.de)

### **4 Boat People in der Vaganten Bühne**

Das Theaterstück handelt von Khaled, Ismael, Rachid und Amadou: Vier junge Männer, eingesperrt in der Abschiebezelle eines Flüchtlingslagers, irgendwo an der spanischen Küste. Die Zelle ist das Einzige, was sie von Europa sehen werden, am folgenden Tag sollen sie abgeschoben werden. Bei den Auseinandersetzungen der vier Männer miteinander geht es um ihre Hoffnungen, Ziele und Wünsche und den langen beschwerlichen Weg nach Europa, das so ganz anders ist, als sie sich erträumt haben. Spielzeiten und weitere Informationen unter

[www.vaganten.de](http://www.vaganten.de)

**Die nächste Sitzung des Flüchtlingsrats findet statt am 20. März 2013 um 17 Uhr, wie immer im Berliner Missionswerk, Georgenkirchstraße 70. Die Termine für die weiteren Sitzungen 2013 finden Sie unter [www.fluechtlingsrat-berlin.de/sitzungen.php](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/sitzungen.php).**

Für den Flüchtlingsrat Berlin Martina Mauer und Inga Boecker  
Berlin, den 11. März 2013